

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tagesszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verkaufspreis: Die monatlich gebundene Monatshefte über deren
Werte im V. für Familienmitglieder 20 Pf., für die Familienmitglieder (außerhalb)
an den jeweiligen Teil eines Teils 1,50 RM. Anzeigen-Rabatte nur
nachdem von 9 Uhr ab an der Expedition Dresden-H. 1. Arbeiterstraße

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 23. Juni 1931 Nummer 120

Rein Zahlungsausschub fürs hungernde Volk

Hoover bringt noch mehr Glend und Not

Der amerikanische Präsident Hoover hat den Vorschlag gemacht, die Schuldenszahlungen Englands und Frankreichs an Amerika und die Reparationszahlungen Deutschlands für ein Jahr ruhen zu lassen; ein Kredit von 300 Millionen Dollar an Deutschland ist geplant. Darüber ist die bürgerlich-sozialdemokratische Presse in schäumender Begeisterung geraten und zum Zwecke des Massenbetruges versucht gestern auch die SPD-Volkzeitung, den Kampf schwarz angelassenen „Silberstreifen“ reich zu polieren. In Wirklichkeit löst der Vorschlag Hoovers, wenn er durchkommen sollte, weder die Hungersnot, noch befreit er die Wirtschaftskrise, die eine Folge der Widersprüche des kapitalistischen Systems ist. Vor allem ist der Hoover'sche Vorschlag kein Zahlungsausschub für die Weltmassen, gegen die eben jetzt durch die Hoover-ordnung ein furchtbares Zahlungsdiktat erlassen wurde!

Der Hintergrund der Hoover-Aktion ist die Furcht vor dem revolutionären Aufschwung des Weltproletariats. Aus der reinen Wirtschaftskrise in Deutschland wachsen die Voraussetzungen der revolutionären Krise. Angesichts der Weltwirtschaftskrise suchen die Kapitalisten die weitere revolutionäre Entwicklung und die Verdrängung. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion schreitet gewaltig vorwärts und „der Vorschlag des kapitalistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen System ist noch niemals so plätzlich in Erscheinung getreten wie heute“ (H. Plehanow des KPD). Die Hoover'sche Aktion ist diktiert nicht nur von der Furcht, das in Deutschland angelegte amerikanische Kapital zu verlieren, sondern von der Furcht vor der revolutionären Massenbewegung und dem Kommunismus.

Die Dresdener Volkszeitung schreibt, wenn sie schreibt: „Der Hoover'sche Vorschlag entspringt letzten Endes der Erkenntnis von der Interessengemeinschaft, die im Zeitalter der Welt-

Im Innern des Blattes:
KPD-Stadtverordneter mit Polizeigewalt entfernt
KP-Wahlsieg in Bulgarien

Sofortige Rüstung zum Streit!

Die Reichskonferenz der KPD ruft zum Massenkampf!
Am 20. und 21. Juni, fast gar selben Zeit, als die im Arbeitererrat ergrauten Botsen des Bundesauschusses des ADGB, zu kammentrat und betreten, wie sie die Massen von ihrer neuesten gemeinen Unterstufung für Bränung ablenken wollen, tagte die Reichskonferenz der KPD in Berlin. Ueber 250 verantwortliche Leiter der Bezirke und Industriegruppen, der Großbetriebe und der Erwerbslosen beschlossen einstimmig:
Die Antwort auf den ungeheuerlichen Streich der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Handlanger mit der Unterordnung kann nur die sofortige Rüstung zum Streit der Betriebsarbeiter und die Organisation des Massenkampfes der Erwerbslosen gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterhaltungsabbau sein.
Nach einem ausführlichen Referat des Reichsleiters der KPD, Franz Dählem, wurden die konkreten Kampfmaßnahmen beraten und in besonderen Tagungen jeder einzelnen Industriegruppe konkret festgelegt.
Die Tagung beschloß weiter eine energische demagogische Verbesserung der revolutionären Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen und übrigen reaktionären Verbände durchzuführen, um die Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die dort noch organisiert sind, von innen heraus für den gemeinsamen Kampf gegen die Brünnabstufung zu ge-

die jüngste revolutionäre organisation, die
ifa

veranstaltet am 24. Juni im Keglerheim einen
kulturkampf-abend
gegen sozialreaktion und faschismus! redner:
reichssekretär der proletarischen freidenker
hohenadel (berlin) unter mitwirkung der
rev. bildender künstler, des Arbeiter-theater-
bundes, der spieltruppe der esperantisten und
der gesangsabteilung der naturfreunde-oppo.
auch alle geht es an! erscheint in massen!

wirtschaft alle Völker umschließt.“ Pöbel! Es ist nicht das Inter-
esse der Völker, sondern des kapitalistischen Systems der Aus-
beutung, für das Hoover auftritt. Das Berliner Tageblatt
spricht es sehr offen aus:

„Die Welt hat erfahren, daß Amerika keine großen pri-
vaten Kapitalanlagen in Deutschland so wenig in Gefahr
geraten läßt, wie es duldet, daß die Chancen des Kommu-
nismus in Europa sich vergrößern.“

Damit ist nicht etwa gesagt, daß die Gegensätze zwischen
Amerika und den anderen kapitalistischen Staaten sich ab-
schwächen. Im Gegenteil: Sie verschärfen sich und werden sich
durch Hoovers Vorschlag weiter verschärfen. Schon protestiert Frank-
reich. Alle Welt weiß, daß Hoovers Vorschlag zugleich auf eine
Verzögerung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses von
Amerika hinauszielt. Schon wird überall der Zusammenhang mit
der „Abwärtstrend“, d. h. mit den Kriegerückstellungen festgestellt.
Die Hoover-Aktion bedeutet imperialistische Verschärfung und be-
deutend Verschärfung des Hauptgegenstandes zwischen den kapital-
istischen Staaten und Sowjetrußland.

Der Zahlungsausschub wird keine Abwägung der Wirt-
schaftskrise bringen. Amerika wird versuchen, auf dem euro-
päischen Markt seinen Absatz zu finden, an Stelle der deutschen
Lieferungen amerikanische Waren zu verkaufen. Die deutsche
Wirtschaft wieder wird versuchen, mit Hilfe des Kredites ihren
Absatz auf den Auslandsmärkten zu vergrößern. Verschärfte
wirtschaftliche Konkurrenz ist die Folge. Dabei wird das
hungernde Deutschland den größeren ziehen und eine Vertiefung
der Wirtschaftskrise Platz greifen.

Das Entscheidende ist, daß diese gesteigerte Konkurrenz der
Kapitalisten auf dem Rücken der Volksmassen ausgetragen wird.
Die Unterdrückung wird von neuen Angriffen auf die Löhne und
den Sozialabbau begleitet.

Was nach dem Hoover'schen Vorschlag gestundet werden soll,
und für das laufende Jahr 1500 Millionen. Aber schon ver-
langt Frankreich die Weiterzahlung von 600 Millionen, des „un-
erfüllten Teiles“ der Reparationen. Jedenfalls bedeutet der
Hoover-Plan keine Lösung der Reparationsfrage, sondern auf
Grund der neuen Anleihe noch eine tiefere Vertiefung in den
Rücken des Beschäftigten und Young-Systems.

Die Lösung der Reparationsfrage ist nur möglich durch den
Weg, den das Programm der KPD zur nationalen und sozialen
Befreiung des Volkes proklamiert hat und in dem es heißt:

„Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor
allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir
in keine andere Nachkriegsregelung alle sich aus dem Beschäftigten

Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig er-
klären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für im-
perialistische Anleihen, Kredit- und Kapitalanlagen in Deutsch-
land leisten werden... Wir Kommunisten sind die einzige
Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung
der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziel
setzt. Deshalb fordern wir die wertvollen Massen Deutschlands
auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande... zu
kämpfen.“

Was bringt der Hooverplan für das wirtschaftliche Volk?
Kein Zahlungsausschub. Das Berliner Tageblatt schreibt kurz:
„Könnte man... die letzte Hoover-ordnung ungeschick
machen...?“

Noch härter als bisher wird das Kapital keine Offensive ge-
gen die Massen führen. Noch mehr Vorstöße gegen die Löhne
und Gehälter, gegen die Arbeitslosenunterstützung, noch härtere
Einkünfte gegen die Kleinrentner und Mittelständler

Der richtige Ausweg für die Massen ist der, den die KPD
und ADGB zeigen: Der Weg der Volksaktion für Arbeit, Brot,
Freiheit. Im Vordergrund steht, was die KPD in ihrer Reichs-
konferenz festlegte: Der Massenkampf gegen die Hoover-ordnung
und ihre Auswirkungen und gegen das Terror-Regime, der
Kampf im Sinne des Arbeitsbeschaffungsplanes und des Bauern-
hilfsprogramms der KPD, der Streik der Betriebe, gesteigert
zum Massenkampf!

Und Werbung für die KPD, ADGB und für die Arbeiter-
stimme am Großwerbetag am 28. Juni!

Neuer Lohn- und Gehaltsraub von 17%

Stegerwald erklärt: Arbeitszeitverkürzung ohne Gehaltsausgleich und ohne Neueinstellungen

Berlin, 23. Juni 1931
Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium die Verhand-
lungen über die Gehaltskürzung der Privats- und Behörden-
angestellten durch Verkürzung der Arbeitszeit statt. Nach dem
Entwurf der Regierung sollen außer den vorgezeichneten Gehalts-
kürzungen, der Kriegsteuer, noch die Kürzung des Gehalts in
vollem Umfang der Arbeitszeit verkürzt werden.

Der Schwindel der Gewerkschaftsbörsen über die erfolgende
Einkürzung neuer Angestellter infolge der verkürzten Arbeits-
zeit wurde widerlegt durch die kategorische Erklärung der Re-
gierungsvertreter: „Neueinstellungen kommen nicht in Betracht“.

Die DGB, JdB und GDA-Bürokraten haben gewinkelt,
man solle doch irgend eine „Hoffnung“ mit auf den Weg geben,
und prompt wurde deshalb „in Aussicht gestellt, daß Härten
vermieden und die Einkommensverhältnisse der Angestellten ge-
prüft (?) werden sollen, bevor die Arbeitszeitverkürzung er-
folgt“.

In dem ungeheuerlichen Gehaltsraub werden jetzt die
Börsen noch die Angestellten verhöhnen, wie das bereits in der
bürgerlichen Presse erfolgt. Jene, die jahrelang mithalten, die
Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten zu verschlech-
tern, wagen angesichts der Hungergehälter der Angestellten, die
in übergroßer Mehrheit nicht einmal 200 Mark monatlich haben,
sich einen Schwindel aufzutischen. Die ganze Erbärmlichkeit
dieser Angestelltenführer ist völlig klar geworden.

Die Angestellten können so wenig wie die Arbeiter und Be-
amten eine Lohnkürzung ertragen. Sie sind empört und legen
jetzt, daß es höchste Zeit ist, in die Bruderhand einzuschlagen, die
ihnen von den revolutionären Arbeitern entgegengebracht wird.
Gemeinsam gilt es zu kämpfen gegen die Not, gegen den Hunger,
gegen den Verrat der Börsen, für ein menschenwürdiges Dasein.
Die einheitliche Kampffront der Arbeiter, Angestellten und Be-
amten unter Führung der KPD und ADGB ist Voraussetzung für
die Befreiung der Volksgesundheit auf Arbeit und...
möglichst für alle Werttätigen.

Der 28. Juni 1931: Großwerbetag! Für deine Partei - für deine Presse!

Warum wird geworben?
Weil die Hungerverordnung, die politische Unterdrückung und die Ausbeutung der Arbeiterklasse Massenkam-
gen die Kapitaldiktatur erfordern. Verstärkung der roten Klassenfront — das ist das Ziel der Werbung!

Was wird geworben?
Neue Mitkämpfer für die Volksaktion, neue Streiter für Arbeit, Brot und Freiheit — das gilt es zu werben. Ge-
winnung von Arbeitern, Angestellten, Beamten für die Organisatorin des Kampfes der Massen, für die Kommunisti-
sche Partei, Eroberung neuer Leser für die „Arbeiterstimme“, die Tagesszeitung, und für die neue Wochenzeitung
der Kommunistischen Partei!

Wie wird geworben?
Restlose Mobilisierung aller Mitglieder und Anhänger der roten Klassenfront, Ausrüstung mit Werbezeitungen
und Massenbroschüren, gute Einteilung sämtlicher Straßenzüge und Wohnblöcke, Besetzung der Elbbäder und der
Elbwiesen, persönliches Ansprechen und sachliche Diskussion, Verkauf unseres Materials und du hast deine Pflicht
erfüllt: du hast die Kampffront durch neue Mitkämpfer verstärkt!

Du selbst erstattest Bericht!
Am 28. Juni gibt es keine Ausrede! Du hast erst frei, wenn du Bericht erstattet hast. Diesmal ist es nicht we-
niger wichtig als ein Wahltag, an dem du doch oft den Weg zum Telefon findest! Und dein Anruf geht an 172591!